

Rede 1 zur Aktion am 6.9.2025 in Friedberg

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“
Aufruf zu den bundesweiten Demonstrationen
am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart

Liebe Friedensfreunde und Friedensfreundinnen,

ich begrüße euch zu unserer Kundgebung zum Antikriegstag.

1957 reagierten Gewerkschaften und Friedensgruppen mit diesem Gedenktag auf die Einführung der Wehrpflicht und die geplante atomare Aufrüstung. Das Motto „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ erinnert durch all diese Jahre an den deutschen Faschismus und den Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1.9.1939.

Was ist aus diesem doppelten Nie Wieder! geworden?

Wie in den 50er Jahren sind wir mitten drin in einer gewaltigen Aufrüstung. Wie damals sollen wir uns rüsten müssen gegen den Feind im Osten. Sollten sich nicht genug junge Leute beim Bund melden, wird aus dem neu beschlossenen Wehrdienst wieder eine Wehrpflicht werden. Und auch die Debatte über Atomwaffen ist wieder da.

Rüstung killt Soziales

ist die Titelseite der Zeitung gegen den Krieg überschrieben, die zum diejährigen Antikriegstag erschienen ist. Die Einschnitte im Sozialbereich stehen auf der Tagesordnung der Bundesregierung für diesen Herbst.

Als hätten wir alle nicht schon genug mit dem Bumerang-Effekt der Sanktionen gegen Russland zu kämpfen. Nicht nur die Preise für Strom und Heizen sind heftig gestiegen. Lebensmittel, Hygieneprodukte, Haushaltswaren sind in noch größerem Ausmaß teurer geworden als andere Konsumartikel. Das betrifft besonders die Leute mit geringen Einkommen.

Gastronomie, Freizeitstätten, Kulturveranstaltungen – die Besucherzahlen brechen ein, diese Betriebe halten sich oft nur gerade so über Wasser.

Aber auch in vielen Industriebetrieben – die noch vor kurzem Deutschland zum „Exportweltmeister“ machten - rollt die Entlassungswelle.

Wo bleibt die Mobilisierung unserer Gewerkschaften angesichts dieser Entwicklung? Öffentlich sichtbar ist sie nicht. Stattdessen prangt an so manchem Bushäuschen die Werbung eines Versicherungsunternehmens für ihre Rechtsschutzversicherung mit dem Spruch: „Bei einer Kündigungswelle brauchen Sie mehr als ein Seepferdchen.“

Wie man durchs Leben kommt, wird immer mehr zur Privatsache gemacht. Das passt prima ins Bild in dieser Zeit, wo Kanzler Merz sagt: wir können uns diesen Sozialstaat nicht mehr leisten.

Können wir nicht?

Doch, das können und das müssen wir.

Das brauchen wir für den sozialen Frieden im Land.

Das brauchen wir, um trotz alledem miteinander leben zu können.

Was nicht nicht brauchen sind:

- Milliardenkredite für die Hochrüstung. Klar, es wird auch Geld zur Verfügung stehen, um marode Infrastruktur zu ersetzen. Vor allem solche, die das Land braucht für's „kriegstüchtig“ machen. Weil schließlich soll es die Drehscheibe der Nato für den Krieg gegen Russland werden.
- Neue US-Mittelstreckenraketen. Dort wo sie stationiert sein werden, und für Wiesbaden, von wo aus ihr Einsatz kommandiert wird, dort wird es im kriegerischen Schlagabtausch keinen Schutz für die Bevölkerung geben.
- Waffenexporte. Ob in die Ukraine, nach Israel oder in alle Welt. Waffen schaffen keine Lösungen. Sind sie erst mal in der Welt, dann findet sich immer wer, der sie benutzt. Zumeist zum Schaden unbeteiligter Menschen.

Was wir auch nicht brauchen

- Die Wehrpflicht. Menschen dazu zu erziehen, dass es zwar falsch ist, andere aus persönlichen Motiven zu töten. Aber wenn dein Oberst dir befiehlt, andere umzubringen, die dir nichts getan haben, dann ist das richtig.
- Die Militarisierung der Gesellschaft. Den Leuten einzureden, dass sie nur sicher sind, wenn alle dabei sind, damit das Land „kriegstüchtig“ wird. Das ist asozial und hat Folgen für den Umgang miteinander. Je mehr Leute da mitmachen, ob in den Schulen, in der Forschung und Lehre, im Betrieb, in den Verwaltungen,

dem Gesundheitswesen, den Hilfsorganisationen, in Kunst und Kultur, um so mehr wächst die Überzeugung: Der Feind wird uns angreifen. Am Besten kommen wir ihm zuvor.

Was wir brauchen:

Statt Eskalation brauchen wir Diplomatie und eine Regierungspolitik, die sich für ein schnelles Ende der Kriege in Europa, im Nahen und Mittleren Osten einsetzt.

Ja, wir brauchen dringend ein Ende des Krieges in der Ukraine.

Je länger dieser Krieg dauert, um so größer wird die Gefahr, dass er zu einem offenen Krieg zwischen Nato und Russland wird.

Wir müssen alles dafür tun, diesen Krieg zu verhindern!

Dafür stehen wir hier.

Dafür gehen wir am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart auf die Straße.

Von Friedberg fährt ein Bus zur Demo nach Stuttgart.

Es gibt jetzt eine paar Stücke Musik und dann den Beitrag

„Alle Augen auf Gaza!“